



Sprecherteam des Kinder- und Jugendrats NRW

Lena Behnke
Alina Haarnagell
Anna Hußmann
Cihat Sengül
Yannick van der Heide
Christoph Velling

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/2010**

A42

Münster, 7. November 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme. Der Kinder- und Jugendrat NRW ist der Dachverband der kommunalen Kinder- und Jugendgremien in den Städten und Gemeinden unseres Landes. Wir sehen uns regelmäßig mit der Frage konfrontiert, wie wir die Reichweite und Einflussnahme unserer Mitgliedsgremien stärken und damit ihr kommunalpolitisches Ehrenamt und ihre Partizipationsmöglichkeiten fördern können und beziehen uns dabei auf Kinder- und Jugendliche. Wir halten es für besonders wichtig eben jene Gruppe in ihrer kommunalpolitischen Arbeit zu stärken, der das Wahlrecht selbst bisweilen noch vorenthalten wird. Eine Wertschätzung des Engagements in jungen Jahren setzt zudem den Grundstein für Ehrenamt im späteren Lebensverlauf.

Gerne möchten wir im Folgenden auf Ihre Leitfragen eingehen:

1. Wie beschreiben Sie die Situation von Menschen Ihrer Interessensgruppe, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten und/oder kommunalpolitisch aktiv sind?

In Nordrhein-Westfalen stellt sich die Situation von Kinder und Jugendlichen, die sich kommunal jugendpolitisch engagieren wollen, sehr unterschiedlich dar. Oftmals ist es vom freiwilligen Engagement der einzelnen Kommune abhängig, inwiefern es zum Beispiel ein kommunales Jugendparlament gibt. Zudem sind auch die Partizipationsmöglichkeiten sehr unterschiedlich: In manchen Städten gibt es von der Politik gut geförderte, von einem speziellen Betreuer begleitete Jugendpartizipation mit vielen Jugendlichen, die sich beteiligen wollen; während es in anderen Kommunen aufgrund schlechter Finanzlage der Kommunen und fehlender Betreuung Jugendliche gibt, denen „das Handwerkszeug“ fehlt um sich in kommunalpolitischen Strukturen Gehör zu verschaffen.

Gerade finanziell zeigen sich auch im Budget große Unterschiede, in einer Umfrage haben wir dazu Ende 2018 Erfahrungsberichte gesammelt, die zeigen, dass manche Gremien ganz ohne Finanzierung auskommen müssen und sich durch Spenden finanzieren, andere Gremien werden mit einem Budget von bis zu 10.000€ ausgestattet und einige Städte vergeben nur für bestimmte Projekte Budgets. Auch die Finanzierung und Aufgaben einer begleitenden Fachkraft der Gremien werden sehr unterschiedlich gestaltet. So haben manche Kinder- und Jugendgremien überhaupt keine Betreuung oder im Stellenplan der Kommune sind nur wenige

Wochenstunden vorgesehen, während andere Städte eine eigene Vollzeitstelle (oder mehr) für die Koordination des Gremiums vorgesehen haben und zusätzlich noch eine Finanzierung für die Begleitung von weiteren Projektarbeiten zur Verfügung stellen.

Kinder- und Jugendrat NRW

c/o Landschaftsverband Westfalen-Lippe • Landesjugendamt Westfalen
Piusallee 7 • 48133 Münster
Telefon: 0251 591-6720 • Telefax: 0251 591-6822
E-Mail: anna.baumann@lwl.org
www.kijurat-nrw.de

Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen

Aber auch im Bereich der direkten Partizipation zeigen sich deutliche Unterschiede: In einigen Kommunen sitzen Kinder- und Jugendliche als vollwertige Ausschussmitglieder z.B. im Jugendhilfeausschuss, während in anderen Kommunen eine aktive Teilnahme aufgrund des Minimalalters für Ausschussmitglieder von 18 Jahren, welche je nach Kommune auch für sachkundige Einwohner gilt, gar nicht möglich ist. Kommunalpolitisches Engagement Jugendlicher ist wie Sie sehen also sehr stark vom Wohnort abhängig und dem Engagement der jeweiligen Kommune.

2. Mit welchen Herausforderungen ist Ihre Interessensgruppe im Bereich politischer Beteiligung konfrontiert? Gibt es konkrete Hindernisse, die einem kommunalpolitischen Engagement entgegenstehen?

Gerade junge Menschen haben vor allem in Kreisen der Politik immer wieder Schwierigkeiten gehört und ernst genommen zu werden. Meist ist es ein langer Prozess bis konkrete Erfolge, die für die Motivation der Kinder und Jugendlichen wichtig sind, erreicht werden können. Anerkennung und Akzeptanz sind jedoch gerade im Ehrenamt sehr wichtige Bausteine. Wessen Arbeit nicht gewürdigt wird, der ist schnell frustriert und stellt seine Arbeit unter Umständen ein.

Ein weiteres Hindernis im Ehrenamt von jungen Menschen stellt die Zunahme von Ganztagsunterricht dar. Weniger Freizeit bedeutet gleichermaßen, dass die Bereitschaft die verbliebene Freizeit für ein Engagement aufzuopfern sinkt. Wie auch in anderen Bereichen wie z.B. der Jugendarbeit in Vereinen sehen wir hier deutlich weniger Interesse und bei engagierten Jugendlichen schnell eine zeitliche Überforderung. Gerade Jugendlichen, die im Bereich Schule leistungsschwächer sind, fällt es so schwerer für Kommunalpolitik Zeit aufzubringen. Dadurch sehen wir in einigen Jugendgremien deutliche Tendenzen, dass sich eher solche Kinder und Jugendliche beteiligen, die später Abitur machen wollen und weniger Jugendliche, die einen niedrigeren Abschluss anstreben.

Wie oben unter Frage 1 bereits erwähnt, erschwert unseren Jugendgremien immer wieder der § 58 GO NRW Absatz 3 und 4 die Beteiligungsmöglichkeiten in den kommunalen Ausschüssen, was zu den absurden Situationen führt, dass z.B. in einer Stadt im Rheinland, ein nicht mehr aktives Mitglied für den dortigen Jugendrat im Ausschuss sitzt, der volljährig ist, dessen einzige Tätigkeit es ist, wenn die aktiven, noch nicht volljährigen, Jugendlichen eine Anmerkung haben, eine offizielle Sitzungsunterbrechung zu beantragen, damit hier die Jugendlichen zu Wort kommen können. Bürokratische Hindernisse dürfen nicht dazu führen, das Engagement von Jugendlichen zu schmälern.

3. Welche Bedingungen müssten sich verändern, damit eine höhere politische Beteiligung Ihrer Interessensgruppe in der Kommunalpolitik erreicht werden kann?

Als Dachverband und Interessenvertretung der Kinder- und Jugendgremien in NRW wünschen wir uns für Jugendliche in NRW, dass Sie sich nicht ständig mit ihrer Finanzierung oder rechtlichen Fragen zu Ausschussmitgliedern beschäftigen müssen. Wer effektiv mit Jugendlichen verschiedener Altersklassen und Schulformen arbeiten möchte, muss niedrigschwellige Angebote schaffen.

Dies gelingt nur mit einer geeigneten pädagogischen Begleitung, die sich auch in der lokalen Politik auskennt und Jugendliche auch in den teils schwierigen politischen Situationen vor Ort beraten und begleiten kann. Aber auch weitere moderierende und organisatorische Aufgaben abnimmt. Wichtig ist, dass die Jugendlichen sich mit ihren Themen (und nicht sich selber) beschäftigen können. Oftmals hören wir von unseren Mitgliedsgruppen, dass organisatorische Aufgaben, wie z.B. die Organisation von

Neuwahlen oder auch die Beantragung von Haushaltsmitteln für die eigene Arbeit, Zeit und Motivation kostet.

Ein weiterer Punkt sind gerade bei Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise der Räte und Kreistage die Uhrzeiten. Jugendliche müssen sich teilweise für diese immer regelmäßig an denselben Tagen stattfindenden Sitzungen beurlauben lassen, da diese teilweise schon am frühen Nachmittag stattfinden.

Wichtig sind also drei Aspekte: Zum einen eine geeignete, mit ausreichend Arbeitszeit ausgestattete Betreuung. Zum zweiten ein geeigneter finanzieller Rahmen, mit dem Jugendpartizipation auch umgesetzt werden kann. Und zum dritten ein geeigneter organisatorischer und wertschätzender Rahmen, die Jugendlichen auch tatsächlich die Möglichkeit der Beteiligung gibt.

4. Gibt es eine spezifische zusätzliche Belastung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? Falls ja, wie kann diese bei politischen Lösungsansätzen berücksichtigt werden?

Wir sehen die Einbringung von Kindern- und Jugendlichen nicht als zusätzliche Belastung, sondern als Mehrwert und zusätzlichen Input auf den die Politik vor allem in Fragen, die die Jugendlichen selbst betreffen, nicht verzichten sollte.

5. Welche Rolle spielt die Digitalisierung? Kann Digitalisierung kommunalpolitische Teilhabe und kommunalpolitisches Engagement verändern?

In den Jugendgremien können wir bereits viele Bereiche erkennen, in denen digital gearbeitet wird. Seien es digitale Stimmungsbilder oder Ideensammlungen, das gemeinsame Erarbeiten eines Antrags oder einer Stellungnahme mithilfe von Online-Tools, bei denen alle Mitglieder an einem Dokument arbeiten und kommentieren können oder Online-Umfragen für die Jugendlichen der Stadt. Die digitale Welt bietet viel Raum jeden einfach und schnell zu beteiligen. Hier kann die "Erwachsenen-Politik" sich einige Sachen bei den Jugendlichen abgucken.

Zudem spielt auch bei unserer Arbeit Social Media eine immer größere Rolle, es gibt den Gremien die Möglichkeit ihre Botschaften schnell an die gewünschte Zielgruppe, die örtliche Jugend, zu verbreiten. Aber auch einige Politiker werden so schneller und einfacher auf die Themen der Jugendlichen aufmerksam.

6. Wie viel Einfluss haben die Rahmenbedingungen, wie z. B. steigender Zeitaufwand und Aufgabenvielfalt? Welche Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Partizipation auf kommunaler Ebene erleichtern?

Wie oben bereits in Frage 2 erwähnt gibt es häufig bei Jugendlichen das Problem der knappen Freizeit. Zusätzlich kommt hinzu, dass kommunalpolitische Termine oft ungünstig in die Schul-, Vorlesungs- oder Arbeitszeit fallen. Zudem erschweren teilweise weitere Faktoren wie unterschiedliche Tage, an denen die Schülerinnen und Schüler ihre langen Schultage haben, die Terminfindung für Termine. Je nach Kommune können Jugendliche aber noch nicht einmal die Termine selber wählen, sondern sind an den Sitzungskalender gebunden. Hier wünschen wir uns bessere Rahmenbedingungen und flexiblere Zeiten.

Ein weiterer Punkt sind für die Jugendlichen vermehrt komplexe Vorlagen und Sachverhalte, eine Äußerung zu den Interessen von Jugendlichen in manchen Projekten und Vorhaben ist mangels

Verständnis nicht vorhanden. Wenn es dann z.B. auch an einer geeigneten Begleitung mangelt, kann dies schnell zu Resignation führen. Es ist durchaus wichtig die komplexen Sachverhalte korrekt und umfassend darzustellen, aber es ist aus unserer Sicht auch für die Transparenz gegenüber dem Bürger, der in der Regel auch Laie ist, wichtig die Sachverhalte zusätzlich verständlich darzustellen.

7. Welche Rolle spielt die gesellschaftliche Wertschätzung bei der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats?

Bei den Jugendlichen teilt sich diese Wertschätzung in zwei Bereiche. Zum einen die persönliche Wertschätzung im Bereich der Freunde und Familie und zum anderen die Wertschätzung bei den kommunalen Politikerinnen und Politikern.

Die persönliche Wertschätzung ist nach den Aussagen unserer Mitglieder sehr ambivalent. Je nach Freundeskreis, Sozialisation etc. erfahren sie Wertschätzung und Respekt für das Engagement im Bereich Politik. Leider kommt es aber auch immer wieder zu negativen Bemerkungen, Politik wirkt dann "uncool" und eher als Alternative "wenn man sonst keine Hobbies hat".

Auf Seiten der Politik kann diese Wertschätzung ebenso ambivalent sein. In vielen Kommunen, wo es bereits Kinder- und Jugendgremien gibt, werden diese oft in ihrer Arbeit gelobt und erfahren Unterstützung von Politik und Verwaltung. Ebenso gibt es auch hier immer wieder negative Erfahrungen, sei es mit einzelnen Parteien oder Ratsmitgliedern oder aber auch der Verwaltung. Hier haben Kinder und Jugendliche immer wieder das Problem, das Gefühl zu erhalten nicht ernst genommen zu werden. Teilweise gibt es auch Ressentiments und Pauschalisierungen "der Jugend", die so den Jugendlichen das Gefühl der fehlenden Wertschätzung ihrer individuellen Meinung verleihen.

Ein weiterer Punkt wo immer wieder leider fehlende Wertschätzung erfahren wird, ist der Raum Schule. Auch bei Lehrkräften fehlt oft die Wertschätzung für das gesellschaftliche Engagement, Fehlzeiten werden teilweise auf dem Zeugnis vermerkt und Jugendpartizipation eher als Möglichkeit dem Unterricht fernzubleiben gewertet anstatt als gesellschaftliche Aufgabe.

8. Welche Weiterbildungs- oder medienpolitischen Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessenvertretung eine politische Beteiligung in der Kommune erleichtern?

Bereits mehrfach als grundlegender Baustein erwähnt, wurde eine fachliche Betreuung von Kinder- und Jugendgremien. Idealerweise sollte es ein Grundseminar für die Betreuer geben, damit sie auch in politischen Fragen gut helfen können. Darüber hinaus sollte es weitere Angebote zum Erstellen und Pflegen von Social Media Auftritten und Websites z.B. auf dem Treffen der Kinder- und Jugendgremien NRW in Herne (Workshop unter Palmen), sowohl für die Betreuer, als auch für die Jugendlichen selbst. Um mehr Engagement und Partizipation zu generieren, kann es förderlich sein, im Politikunterricht über kommunale Jugendbeteiligung zu sprechen und Möglichkeiten aufzuzeigen oder zu erarbeiten, wie man sich selber vor Ort einbringen kann.

9. Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen hat die von Ihnen vertretene Interessengruppe an die politischen Akteure, um die Unterrepräsentanz von sozialen Gruppen im kommunalpolitischen Ehrenamt abzumildern?

Aktuell sehen wir, dass häufig gerade in den suburbanen und ländlichen Räumen die älteren Kohorten die Wahlergebnisse bestimmen, aber doch einige andere Anliegen zeigen als Jugendliche und junge



Erwachsene. Über lange Jahre ist beklagt worden, die Jugend interessiere sich nicht mehr für Politik. Aktuell zeigt sich die Jugend so politisiert wie lange nicht mehr und diesen Ehrgeiz muss man nutzen. Je älter unsere Gesellschaft wird, umso mehr werden Themen, die auch diese Altersklassen ansprechen den politischen Alltag bestimmen. Umso wichtiger ist es deswegen, dass Jugendliche eine Minderheitenvertretung kommunal erhalten. So haben sie die Möglichkeit ihre politischen Anliegen in den Vordergrund zu stellen. Zudem ist dies eine gute Möglichkeit bereits kommunalpolitische Erfahrung zu sammeln. Einige der Mitglieder der kommunalen Jugendgremien sind auch später vor Ort in Parteien aktiv und können ihre bereits gewonnene Erfahrung nutzen.

Daher ist es wichtig, dass jede Stadt Jugendlichen die Möglichkeit bietet über ein Jugendgremium zu partizipieren. Wo sich Jugendliche für ihre Stadt einsetzen identifizieren sie sich auch eher mit ihrer Stadt. Damit diese Partizipation auch effektiv gestaltet wird und man sich nicht ständig mit den Rahmenbedingungen auseinandersetzen muss, sondern an seinen Zielen und Projekten arbeiten kann, ist eine gute finanzielle Ausstattung sowie eine geeignete Begleitung notwendig.

Über die Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung NRW gibt es hier bereits Fachgespräche der Betreuer. Hier sollen auch weiterhin Erfahrungen ausgetauscht und Strategien entwickelt werden, um auch neue Kommunen und Betreuer zur Einrichtung eines solchen Jugendgremiums zu motivieren und ihnen die nötige Hilfestellung bieten zu können.

In der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 wird Kindern und Jugendlichen u.a. das Recht auf Beteiligung zugesprochen. Die Jugendgremien sollten, wie andere Sozialverbände, ein stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss stellen können. Wenn man Jugendliche effektiv mit einbinden will, müssen auch Minderjährige sachkundige Einwohner in Ausschüssen werden können, damit ihre Stimme auch hier am geeigneten Ort Gehör erhält.

Wir hoffen wir haben Ihnen einen Einblick in den aktuellen Stand der Jugendpartizipation in NRW und den damit verbundenen Herausforderungen geben können. Gerne fügen wir Ihnen auch noch eine Stellungnahme unseres Gremiums aus dem Januar 2019 zum aktuellen Stand der Kinder- und Jugendpartizipation in NRW bei, die nochmals näher auf die unterschiedlichen Formen und Unterstützung durch die Kommunen eingeht.

Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne unter den unten genannten Kontaktdaten zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Lena Behnke, Alina Haarnagell, Anna Hußmann, Cihat Sengül, Yannick van der Heide Christoph Velling
für den Kinder- und Jugendrat NRW

Sprecherteam@kijurat-nrw.de
www.kijurat-nrw.de

c/o Landesjugendamt Westfalen
Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in NRW
Piusallee 7 • 48133 Münster
Telefon: 0251 591-6720 • Telefax: 0251 591-6822
E-Mail: Anna.Baumann@lwl.org



Sprecherteam des Kinder- und Jugendrats NRW:
Lena Behnke
Anna Hußmann
Cihat Sengül
Christoph Velling
Max Julius Werthebach
Shaikh Assad Shakil Yasmeen

Münster, 07. Januar 2019

Stellungnahme des Kinder- und Jugendrats NRW zur kommunalen Jugendbeteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Dachverband der Kinder- und Jugendgremien in Nordrhein-Westfalen ist die kommunale Partizipation von Kindern und Jugendlichen eines unserer wichtigsten Themen. Um zu diesem Thema begründet Stellung zu nehmen und um die Erfahrungen unserer Mitgliedsgruppen wahrheitsgemäß abbilden zu können, haben wir in einer Umfrage einige Erfahrungsberichte erhoben, die wir hier darstellen möchten. Konkrete Beispiele sind eingeringelt und durch Buchstaben anonymisiert.

Die größten Unterschiede zwischen den Kinder- und Jugendgremien in NRW lassen sich in der Struktur feststellen. In vielen Städten gibt es einen gewählten Jugendrat oder -parlament, das auch per Satzung an die kommunalpolitischen Strukturen angeschlossen ist und vielerorts die Interessen der Kinder und Jugendlichen vor der Kommunalpolitik, insbesondere in Ausschüssen, vertritt. Es gibt allerdings auch viele Jugendforen, also offene Beteiligungsstrukturen. Eine Legitimation durch eine Wahl ist für diese Partizipationsform nicht erforderlich, schließt aber eine gewählte Vertretung der Jugendlichen z.B. in Form eines Sprecherteams nicht aus. Diese Foren arbeiten oft projektorientiert und nicht ausschließlich mit kommunalpolitischem Bezug. Beide Arten können miteinander ergänzt werden, sodass es meist zu Mischformen kommt.

In den meisten Städten gibt es ein Jugendgremium, manche größere Städte haben auch in mehreren Stadtteilen oder Bezirken Jugendgremien (die z.T. wiederum Vertretungen in ein stadtweites Jugendgremium entsenden).

Gremium A beispielsweise arbeitet ausschließlich als Forum, zunächst in eigenen Foren in den Stadtbezirken und dann in regelmäßigen Abständen auch stadtweit in einem gemeinsamen Jugendforum. Es gibt ein Sprecherteam, welches die Interessen nach außen hin vertritt. Durch die Arbeit in einzelnen Bezirken kann in Gremium A besonders Rücksicht auf die Bedürfnisse der Jugendlichen in den unterschiedlichen Teilen der Stadt genommen werden.

Gremium B ist ein gewählter Jugendrat, also durch eine Wahl legitimiert und kann daher in städtischen Ausschüssen mitarbeiten. In Projektgruppen dürfen allerdings auch Jugendliche mitarbeiten, die nicht gewählt wurden. Daher handelt es sich hier um eine Mischform.

Ein weiterer Unterschied lässt sich in der Altersspanne der Kinder und Jugendgremien erkennen. Manche Jugendgremien richten sich an 8- bis 14-Jährige, während andere sich z.B. an 10- bis 21-Jährige (z.T. bis 27-Jährige) richten, sodass sich insgesamt eine Spannweite von etwa 20 Jahren ergibt, in denen Kinder und Jugendliche an der Kommunalpolitik beteiligt werden.

In Gremium C gibt es sowohl ein Kinderparlament (6-14) als auch ein Jugendparlament (14-18). Beide arbeiten in themenbezogenen Arbeitsgruppen. Das Sprecherteam des Jugendparlaments trifft sich regelmäßig mit dem Kinderparlament.

Gremium D hat ein Kinderparlament (7-14), eine offene Partizipationsmöglichkeit, welches Kinder, auch aus sozial schwachen Familien, für Politik gewinnen soll, damit diese sich später für den gewählten Jugendrat (14-21) aufstellen lassen.

In einigen Städten wird nur Jugendlichen aus der jeweiligen Stadt die Möglichkeit gegeben zu partizipieren, in anderen allen Schülerinnen und Schülern der städtischen Schulen. Hierbei ist wichtig zu berücksichtigen, dass einige Jugendliche nicht in dem Ort zur Schule gehen, in dem sie auch wohnen und sich damit ihr Lebensmittelpunkt verschieben kann. Nicht nur die Schule, sondern auch Hobbys spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Auch die Finanzierung der Gremien unterscheidet sich stark. Manche Gremien müssen ganz ohne Finanzierung auskommen und sich durch Spenden finanzieren, andere Gremien werden mit einem Budget von bis zu 10.000€ ausgestattet und einige Städte vergeben nur für bestimmte Projekte Budgets. Auch die Finanzierung und Aufgaben einer Betreuung der Gremien wird sehr unterschiedlich gestaltet. So haben manche Kinder- und Jugendgremien überhaupt keine Betreuung oder nur eine mit wenigen Wochenstunden, während andere Städte eine eigene Stelle (oder mehr) für die Koordination des Gremiums haben und zusätzliche noch eine Finanzierung für die Betreuung von weiteren Projektarbeiten zur Verfügung stellen.

Gremium E hat aufgrund einer Haushaltssperre keinerlei eigene Gelder und kann daher Projekte nur schwer umsetzen.

In Gremium F können Fahrtkosten zu Treffen des KiJuRates NRW gar nicht oder nur sehr schwer über die Stadtkasse abgerechnet werden. Fahrtkosten müssen die Jugendlichen selbst zahlen.

Gremium G hat eine Betreuerin, die über eine volle Stelle angestellt ist. Sie kümmert sich gezielt um Anliegen der Jugendlichen und kann über das Budget des Jugendrates hinaus auch Förderanträge stellen, um den Projektideen der Jugendlichen gerecht zu werden.

Auf die Frage nach Problemen oder Schwierigkeiten in der Gremiumsarbeit kamen trotz der vielen Unterschiede jedoch größtenteils die gleichen Antworten zurück. Das größte angesprochene Problem war bei weitem Schwierigkeiten mit dem Engagement der Jugendlichen. Diese leiten sich jedoch nicht aus einem fehlenden Interesse der Jugendlichen an Kommunalpolitik ab, sondern vielmehr aus einer Vielzahl von anderen Gründen.

So wird dem Engagement der Jugendlichen beispielsweise durch ihren zeitlichen Rahmen Grenzen gesetzt. Zum einen spielt dabei die Schule mit Nachmittagsunterricht eine Rolle, der den Besuch von Treffen oder Sitzungen im Nachmittagsbereich an vielen Tagen nicht möglich macht, zum anderen auch der Zeitplan der Kommune, der oft Ausschusssitzungen oder ähnliche Treffen, bei denen die Meinung von Kindern und Jugendlichen gehört werden sollte, in den Vormittagsbereich legt und so auch wieder Engagement in diesem Bereich verhindert. Selbst wenn ein Schüler sich für sein Engagement freistellen lässt, so taucht dies im Zeugnis als Fehlstunde auf und einige Lehrer scheinen Engagement in ihrem Unterricht nicht gutzuheißen.

Ein Mitglied des KiJuRat NRW ist für eine Anhörung im Landtag von der Schule freigestellt worden. In der darauffolgenden Stunde fragte sie nach einem Arbeitsblatt aus der versäumten Stunde und der Lehrer weigerte sich ihr dieses zu geben.

Aus dem Thema Freistellungen ergibt sich noch ein anderes Problem. Durch den steigenden Zeit- und Leistungsdruck in der Schule fällt es leistungsschwächeren Schülern selbstverständlich schwerer sich außerschulisch politisch zu engagieren. Soziales und politisches Engagement müsste demnach deutlich vereinbarer mit dem schulischen Alltag sein.

Auch mangelndes Mitspracherecht in Gremien oder anderen kommunalen Institutionen lässt viele Jugendliche von der jugendpolitischen Arbeit abfallen. Sie sehen sich nicht eingebunden in die kommunalen Entscheidungen und werden teils umgangen oder missachtet, so dass die Jugendlichen das Gefühl bekommen, dass ihre Partizipation keinen Erfolg mit sich bringt. Hier gibt es unter den vielen Gremien auch wieder viele Unterschiede.

Gremium H ist in allen Bezirksvertretungen der Stadt vertreten und hat überall Rede- und Antragsrecht. Darüber hinaus haben sie Rede und Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss und dürfen in Beiräten und Begleitausschüssen der Stadt teilnehmen.

Gremium I hat ebenfalls einen Sitz im Jugendhilfeausschuss und hat dort außerdem Stimmrecht. Ein öffentlicher Träger hat dem Jugendrat sein Stimmrecht überlassen, sodass die Jugendlichen mitentscheiden können.

Gremium J kann keinen Vertreter in den Jugendhilfeausschuss schicken, da laut Gemeindeordnung Mitglieder in Ausschüssen volljährig sein müssen. Das trifft derzeit auf kein Mitglied des Gremiums zu.



Auch die Art der Partizipationsform spielt eine wichtige Rolle. So haben verschiedene Jugendliche Interesse an unterschiedlichen Partizipationsformen und nicht für jede Stadt ist jede Partizipationsform gleich gut geeignet. Es ist wichtig, dass das Jugendgremium an die konkreten kommunalen Strukturen und Gegebenheiten angepasst wird und dass mit der Einführung einer allgemein gültigen Regelung bestehende Strukturen nicht zerstört werden.

Einer der wichtigsten Gründe für gutes Engagement ist jedoch eine gute Betreuung. Partizipation von Kindern und Jugendlichen bedarf intensiver Betreuung. Diese Betreuung sorgt für die Gestaltung der Partizipation, also auch für die Qualität und die Anpassung der Partizipationsform an die Jugendlichen. Des Weiteren fördert sie die Motivation der Jugendlichen und kann als erfahrene Fachkraft den durch die naturgemäß große Fluktuation in der Kinder und Jugendpartizipation entstehenden Problemen entgegenwirken. Wenn diese Betreuung fehlt oder nicht ausreichend gegeben ist, zeigt sich das oftmals gravierend in der Qualität der Kinder und Jugendpartizipation.

Deswegen ist wohl auch eine der häufigsten Antworten auf die Frage, was funktionierende Partizipation in den Gremien ausmacht, eine gute Betreuung. Die Betreuung bildet dabei eine Brücke zwischen der Kommune und der Jugend. Auch mit Anträgen oder anderen bürokratischen Vorgängen kann sie den Jugendlichen behilflich sein.

Langfristig sollte man Jugendpartizipation als verpflichtenden Part einer Kommune integrieren, dabei sollte man auf die spezifischen Gegebenheiten vor Ort reagieren können, so dass man ein möglichst flexibles Modell wählen sollte. Eine Grundfinanzierung sollte gegeben sein, da ein Gremium sonst recht handlungsunfähig ist. Dabei sollten Kommunen die finanzielle Engpässe oder generelle Probleme der Finanzierung haben vom Land unterstützt werden.

Zudem sollte stets mindestens eine Betreuungskraft eingeplant werden, die sich allein auf die Jugendpartizipation konzentriert und im besten Fall eine Ausbildung in der Fachrichtung der sozialen Arbeit absolviert hat, um den Jugendrat kompetent betreuen zu können. Zudem sollten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, in denen der Jugendrat Sitzungen abhalten und an Projektideen arbeiten kann.

Die Partizipation von Kinder und Jugendlichen sollte in der Kommune gefördert werden. Wenn die Jugendlichen ihre Belange nicht vor den kommunalen Rat bringen können, sehen sie auch keine große Wertschätzung in ihrer Arbeit. Ein Stimmrecht in Rat und Ausschüssen wäre ein Mittel die Jugend zu überzeugen, dass ihre Stimme wirklich gehört wird und nicht untergeht.

Mit freundlichen Grüßen

Lena Behnke, Anna Hußmann, Cihat Sengül, Christoph Velling, Max Julius Werthebach und Shaikh Assad Shakil Yasmeen

für den Kinder- und Jugendrat NRW